

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbauern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-U. Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklameweile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U., Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Ermächtigung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 25. Januar 1928

Nummer 21

900 Millionen für Pfaffen und Junker!

Die Lasten des reaktionären Schulgesetzes — Die Reichsregierung bewilligt „großmütig“ 30 Millionen — Die Länder und Gemeinden sollen den Hauptteil der Kosten tragen

Schluß mit dem Schulgesetz!

Berlin, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

In der Sitzung des Bildungsausschusses des Reichstages am Dienstag wurde der § 19 des Schulgesetzes beraten, der die Ausführungsbestimmungen der Länder betrifft. Zu diesem Abschnitt gehört insbesondere die Kostenfrage des Reichschulgesetzes.

Innenminister von Reudell gab eine weise Erklärung ab: eine mutmaßliche Höhe der Kosten sei schwer, wenn nicht unmöglich, abzuschätzen. Eine Umfrage an die Länder habe das bestätigt. Die Regierung bestreitet nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden Mehrkosten aufbürde. Aus diesem Grunde wolle die Reichsregierung eine Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark an die Länder gewähren. Ein voller Ersatz der Kosten sei jedoch grundsätzlich abzulehnen.

In der Diskussion wurde die Forderung aufgeworfen, den Reichsfinanzminister zu zitieren. Herr Reudell hat schließlich den Herrn Köhler in seinen Geschäften nicht zu hören. Außerdem könne der Finanzminister nicht mehr sagen als er selbst.

Der Ministerialrat Böffler erhielt dann den Auftrag, die Schätzungen der Länder über die Kosten des Reichschulgesetzes bekanntzugeben. Aus der Regierungserklärung geht hervor, daß Preußen die Kostenberechnung für zu schwierig hält, daß das Württemberg des Herrn Bäßle von „nicht allzu hohen Kosten“ phantasiert, daß einige weitere Kleinstaaten ebenfalls keine Zahlen angeben, daß die einmaligen Kosten von den einzelnen Regierungen: für Bayern auf 54 Millionen, Baden auf 8 Millionen, Thüringen auf 5 Millionen, Hessen auf 8,1 Millionen, Hamburg auf 5,6 Millionen usw. geschätzt werden.

Der preussische Ministerialdirektor Kästner erklärte, Preußen habe deshalb keine Berechnung aufgestellt, weil das Gesetz der Reichsregierung sei, die das Gesetz gemacht habe und auch die Kosten tragen müsse. Auf dauerndes Drängen gab er aber bekannt, daß

die tatsächlichen Kosten für eine Klasse 50 000 Mark und für Personalkosten 9001 Mark betragen. Wenn man davon ausgehe, daß 32 000 Volksschulen mit 100 000 Klassen in Preußen beständen, und nur 1 Prozent (!) Abspaltung durch das Schulgesetz erfolgen würde, der Kostenaufwand 59,1 Millionen betragen würde. Preußen könne solche ungeheure Ausgaben nicht tragen.

Der bayrische Regierungsvertreter schloß sich Preußen vollinhaltlich an. Er forderte volle Tragung der Kosten durch das Reich.

Genosse Rosenbaum forderte am Schluß der Sitzung die Herbeizitierung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler zur Mittwochssitzung. Die preussische Regierung habe bei 1-prozentiger Schulabspaltung für Preußen allein 59,1 Millionen Mehrkosten errechnet.

Da man mindestens von 10 Prozent Schulabspaltung auf Grund dieses Gesetzes reden müsse, betrügen die Kosten dieser Schulverfassung für Preußen mindestens 591 Millionen. Rechnet man ein Drittel dieses Betrages für das übrige Reich, so würde ein Betrag von 800 Millionen herauskommen.

Der Finanzminister müsse vor dem Bildungsausschuß erklären, wie diese Summe aufgebracht werden solle. Die Erstattung von höchstens 30 Millionen durch das Reich lege den Ländern unmögliche finanzielle Lasten auf.

Der Vorsitzende Mumm wollte über den Antrag wieder einmal nicht abstimmen lassen, doch sah er sich schließlich gezwungen, den Finanzminister zur nächsten Sitzung am Mittwoch zu laden, da sich nicht nur Sozialdemokraten und Demokraten, sondern auch die Deutsche Volkspartei dem kommunistischen Antrag anschloßen.

Kann es etwas Ungeheuerlicheres geben als diese Tatsache? Auf der einen Seite Abbau aller sozialen

Ausgaben, weil kein Geld da ist: kein Geld für Kriegsveteranen, kein Geld für Erwerbslose, kein Geld für Sozialrentner, kein Geld für die kleinen Opfer der Inflation. Sie alle sollen hungern. Der Bürgerblock verweigert ihnen jede Hilfe. Aber für die Kulturaktion, für die Verpflegung der Schulen, da sollen die wertvollen Massen von neuem bluten, sollen mehr als eine Dreiviertel Milliarde neue Lasten auf sich nehmen. Dafür ist Geld da in der Bürgerblockrepublik. Ein Sturm der Entrüstung muß entzündet werden gegen die Reudell und Marz, gegen den Bürgerblock und alle jenen, die ihm Hilfe leisten, gegen die SPD-Führer, die den Arbeitern schamlos einzureden versuchen, daß es nur günstig und nützlich sei, wenn der Bürgerblockrechtstag eines natürlichen Todes sterbe, wenn die Bürgerblockregierung noch ein Jahr lang am Ruder bleibe und alle ihre reaktionären Gesetze gegen das wertvolle Volk durchsetzt, alle ihre reaktionären Anschläge, wie das Schulgesetz, unter Dach und Fach bringt.

Schluß mit dem Schulgesetz! Fort mit dem Reichstag der Schulverfassung! Weg mit der Bürgerblockregierung! Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen alle verbrecherischen Anschläge! Das muß die Antwort der Werktätigen in ganz Deutschland sein.

Die Streitlage in Mitteldeutschland

Magdeburg, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die mit wenigen Ausnahmen restlos durchgeführte Absperrung hat den Kampfgeist der Metallarbeiter sehr gesteigert. In Burg bei Magdeburg haben die Unternehmer nicht ausgespart. Hier kommen nur einige Mittelbetriebe in Frage. So weit bisher Mittelbetriebe vorliegen, sind bis auf einige kleine Betriebe die Metallarbeiter in allen übrigen Orten ausgespart. In Magdeburg veranstalteten die streikenden Metallarbeiter gestern eine gewaltige Protestkundgebung gegen die Scharfmacher in der Stadthalle. In Schönebeck und Umgebung, das nicht zum mitteldeutschen Industriegebiet gehört, befinden sich die Metallarbeiter ebenfalls in Bewegung. Hier lauten Mantelstreik und Lohnstreik zusammen ab. Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen ganze 3 Pfennig Zulage geboten. Im Interesse eines geschlossenen Kampfes wäre es notwendig, daß die Schönebecker Metallarbeiter dieses höhnische Angebot mit der Aufnahme des Kampfes beantworten und mit den Magdeburger Kollegen die 15-Pfennig-Forderung durchsetzen.

Thale im Harz, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf Beschluß der Direktion wurde am Dienstag früh 6 Uhr das Eisenhüttenwerk Thale geschlossen. Zur Erledigung der Notstandsarbeiten wurden circa 100 Lehrlinge und Schwertragsbeschädigte durch besondere Vereinbarung verpflichtet. Die Belegschaft besteht aus rund 4230 Arbeitern und Arbeiterinnen.

Raubzug der Junker

Hundert Millionen für die Großagrarier — Wachsende Steuerlasten für die Arbeiter

Die Großpächter in Pommern sind in Finanzschwierigkeiten geraten. Rentenmarkkredite, die abgezahlt werden mußten, konnten nur unter schweren Bedingungen zurückgezahlt werden. Wechsel sind „eingefroren“. Die Zinsen, die sie zahlen müssen, sind die hohen Wucherzinsen der deutschen Großbanken. Nun schreien Junker, Großpächter und ihre Verbündeten über eine Agrarkrise. Sie, die für die wirtschaftliche Not der arbeitenden Bauern, für das Elend der kleinen Pächter, denen der Gerichtsvollzieher oft genug die letzte Kuh aus dem Stall getrieben, bestenfalls nur Worte übrig haben, fordern für sich Staatsunterstützung.

Sie gehen gleich grübelnd zu Werke. Die preussischen Junker sind nicht bescheiden gewesen. Sie fordern für die „Landwirtschaft“ als erste Rate 100 Millionen Mark aus Staatsmitteln. Der Staat des Bürgerblocks soll den Junkern die Schulden bezahlen. Man sieht doch nicht vergebens auf den Ministerleistein.

Das Bürgerblockkabinett berät. Der Zentrumsfinanzminister Köhler ist vorläufig noch etwas hartleibig. Aber schon beraten die Parteiführer im Reichstag über Mittel und Wege, um Schielens Forderung „so weit wie möglich“ zu erfüllen.

Es geht ja nicht um ihr Geld. Die Junker wollen ja nicht Geld geben. Sie wollen Geld nehmen. Die 100 Millionen, die sie brauchen, sollen ihnen aus Staatsmitteln gegeben werden: aus den Steuergeldern der Werktätigen.

Ueberschüsse im laufenden Finanzjahr sind ja mehr als genug vorhanden. Der eben erschienene Dezemberausweis der Reichskasse verkündet, daß vom April bis zum Dezember 1927 die Reichseinnahmen den Voranschlag um 525 Millionen Mark überschritten haben. Soweit diese Mehreinnahmen nicht von der Erhöhung der Gehälter für die höheren Beamten aufgebracht werden — der Reichsanwalt Marz hat sich allein sein Gehalt um 9000 Mark im Jahr steigern lassen —, wollen die Junker die Ueberschüsse schlucken.

Denn auch diese Ueberschüsse, obwohl sie „allgemein“ aus den Steuern stammen, rühren in Wirklichkeit aus den Steuern der Werktätigen her. Das zeigt deutlich die Entwicklung des Steueraufkommens im Dezember. In diesem Monat sind im ganzen 578,8 Millionen Mark an Steuern eingegangen: um 103,9 Millionen Mark weniger als im November. Diese Mindereinnahme entspringt vorwiegend auf die Einkommensteuer. So hat die veranlagte Einkommensteuer 27,3 Millionen Mark, die Körperschaftsteuer 3,2 Millionen Mark und die Vermögenssteuer 66,8 Millionen Mark weniger gebracht.

Demgegenüber zeigt die Lohnsteuer trotz der gerade im Dezember sprunghaft gestiegenen Arbeitslosigkeit eine Mehreinnahme von 4,9 Millionen Mark gegenüber dem November. Die Weichnachtsgratifikationen sollen dies erklären. Ebenfalls die Zölle und Verbrauchsabgaben im Dezember um 2,8 Millionen Mark gegen den November gestiegen.

Wir haben es ja: sagt Schiele, sagt kein Landbund und sagen seine Junker. Wir haben die 100 Millionen Mark aus den Steuern der Arbeitenden. Wir brauchen die Millionen, um unsere überschuldeten Betriebe über Wasser zu halten. Pflicht der Verantwortlichen ist es, noch mehr zu hungern, damit wir unser Paraständebase weiterführen können.

Der Reichstag deckt das Ruhrpanama!

Genosse Torgler spricht zum Etat — Keine Veröffentlichung des Berichts zum Hoebus-Standal — Sozialdemokratie und Aufschreibe.

In der fortgeführten Debatte zum Etat spricht Abgeordneter Koch (Dem.), der die Schaffung des Einheitsstaates als Aufgabe des nächsten Reichstags bezeichnet. Groener gibt die Erklärung ab, daß die Reichsregierung sich noch schlüssig werden müsse darüber, ob der Bericht des Sparkommissars Sämisch dem Reichstag vorgelegt werden könne. Für die kommunistische Fraktion spricht

Genosse Torgler:

Die geschmacklosen Witzereien Ruth Fischers haben mit Arbeiterpolitik nichts zu tun. Sie hat gestern so viel vom Anschmieren gesprochen. Nun — wo alles schmirt, kann Ruth allein nicht leben. Sie hat gestern eifrig versucht, sich bei der linken SPD anzuschmieren.

Severing hat für seine Rede vollste Anerkennung beim Bürgertum gefunden. Seine Rede war ein Abgeben der Witzentarte zur Beteiligung an der nächsten Großen Koalition. In der ganzen Rede sucht man vergebens auch nur das Wort Sozialismus. Daher der Name Sozialdemokratie. Interessant ist, daß die staatsmännliche Rede Severings auch den vollsten Beifall der linken Sozialdemokratie gefunden. Künstler war geradezu begeistert von dieser Rede.

Genosse Torgler zitiert einen Artikel des sozialdemokratischen Volksblattes in Zwickau, in dem gesagt wird, die Große Koalition liege nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, weil das Zentrum nicht republikanisch zuverlässig sei. Severing hat am Schluß seiner Rede auf die fünfjährige Weiberteilung des Tages hingewiesen, an dem das Sozialistengesetz beschlossen wurde, und hinzugefügt: „Die vaterlandslosen Gesellen von damals haben das Vaterland gerettet.“ Aber welches Vaterland? Das Vaterland der Unternehmer und Großkapitalisten ist es, das die sozialdemokratischen Führer mit der Niederwerfung der Revolution, nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, gerettet haben.

Die Schaffung des Einheitsstaates wird am meisten propagiert von den Vertretern des Trullkapitals, die eine Stärkung